

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

49 (27.2.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 1.75 M und 65 J Zustellgebühr; abgeholt in der Geschäftsstelle und in Ablagen 2.— M; am Postschalter 2.15 M, durch den Postboten 2.30 M monatlich. Einzelheft 15 J.
 Ausgabe: Freitag mittags; Geschäftszeit: 1/8—1/2 und 2—1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.
 Anzeigen: Die 7spaltige Anzeigenzeile oder deren Raum 50 J. Kleinanzeigen 1.50 M. — Kolonialanzeigen billiger. — Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachm. zuvor.

Drohung eines Sonderfriedens mit Deutschland.

Wilson's Abriante. — Keine zu neuen Kriegen. — Rücktritt vom Versailler Vertrag.

Berlin, 26. Febr. (Privat.) Nach einem Pariser Telegramm der „N. Y. Times“ berichtet das „Echo de Paris“ aus Washington: Die Note Wilsons über die Abriante wird demnächst veröffentlicht werden. Er sagt darin die Entente des Imperialismus an und sagt, sie verleihe Ruhe in der Welt. Wilson warnt die Regierungen der Entente ferner und ernt vor der Gefahr, keine zu neuen Kriegen zu legen, ein neues Elend, Lothringen zu schaffen, für das die ganze Welt leiden müßte. Wilson erklärt auch, daß er nicht zögern werde, einer Lösung zuzustimmen, vorausgesetzt, daß sie mit seinen Ansichten übereinstimme. Um seine moralische Richtung festzulegen, müsse er offen gestehen, daß falls dies nicht gelänge, er es für seine Pflicht halten würde, sich von dem Versailler Vertrag zurückzuziehen und einen Sonderfrieden mit Deutschland zu schließen.

Der Berichterstatter des „Echo de Paris“ bemerkt dazu, Wilson begreift, daß die Minister der Entente wissen, daß er nahtlos ist, insofern der Opposition des Kongresses und insofern seiner gehörten Gesundheit. Dennoch stelle diese Note eines der wichtigsten Dokumente dar.

Die Verantwortung.

Berlin, 27. Febr. (Privat.) Wie die „Kreuzzeitung“, die „Post“, „Vg.“ und andere Morgenblätter mitteilen, haben die am Mittwoch zu einer Sitzung versammelten Generale und Admirale Böhm, d'Esta, v. Falkenhayn, v. Gumbel, v. Hammerstein, v. Hutier, v. Jansen, v. Klotz, v. Klud, v. Ludow, v. Luban, v. Manteuffel, v. Quast, v. Reichenstein, v. Scheer, v. Schröder, v. Treppe, v. Winkler und v. Zucht eine Erklärung abgegeben, es nicht als eine Verletzung ihrer Ehre zu empfinden, sich einem deutschen Gericht zu stellen, aber auch nur einem solchen im Vertrauen auf das deutsche Recht und die deutschen Richter.

Massensterben in Berlin.

Berlin, 26. Febr. Das Massensterben wird in Berlin immer schlimmer. In der letzten Woche sind weit über 1000 Personen gestorben, während nur 370 Geburten zu verzeichnen waren.

Das Gespenst einer Weltungersnot.

Genf, 26. Febr. Die „Information“ meldet aus London: Im Obersten Rat wurde von dem englischen Vertreter erklärt, daß die Produktion an Lebensmitteln in der ganzen Welt sehr hinter der Nachfrage zurückbleibe. Insofern seien nicht nur in allen Ländern weitere Preissteigerungen zu erwarten, sondern das Gespenst einer Weltungersnot rüde in bedrohliche Nähe.

Zu den Lebensmittelkrawallen in Ludwigshafen.

Mannheim, 26. Febr. Zu den Lebensmittelkrawallen in Ludwigshafen wird noch berichtet, daß über hundert Lebensmittelplünderer verhaftet worden sind und noch weitere Verhaftungen bevorstehen. Der entstandene Schaden wird auf zwei Millionen Mark geschätzt. Weiter wird noch bekannt, daß auch der Oberbürgermeister von Ludwigshafen, der sich wie gemeldet zu den Demonstranten begab, von einigen Durcheinander gelehrt worden ist.

Teuerung und Kohlennot in der Pfalz.

Landau, 26. Febr. (Privat.) Infolge der wachsenden Benützung in den Industriezentren der Rheinpfalz, die teilweise durch die Knappheit der Rohstoffe bedingt ist, haben die französischen Besatzungsstruppen in Ludwigshafen, Speyer, Landau und Kaiserslautern einen Befehl erhalten, sich in ihren Kasernen für jeden Morgen in Bereitschaft zu halten.

Speyer, 26. Febr. (Privat.) Die Kohlenknappheit in der Pfalz ist wieder zu einem bedenklichen Grade gestiegen, da seit Monaten keine Kohlen mehr aus dem Saargebiet eingetroffen sind. In einer Reihe von großen Werken gehen die Kohlenfabriken daher rasch zur Reize, so daß binnen kurzem mit umfangreichen Stilllegungen von Betrieben gerechnet werden muß.

Verlängerte Arbeitszeit in Kohlenruben.

Berlin, 27. Febr. (Privat.) Nach neuen erfolgreichen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Bergarbeiter und dem Arbeitsminister soll vom 1. März ab die Arbeitsstunden in den in den schächlichen Kohlenruben wieder eingeführt werden.

Reichskonferenz der Kommunisten.

Durlach, 27. Febr. (Privatmeldung.) Hier fand gestern eine Reichskonferenz der Kommunisten statt, die von 62 Vertretern besucht war. Die Beschlüsse erhielt Kenntnis von dieser Zusammenkunft und ließ durch 85 Sicherheitspolizisten die Teilnehmer mit drei elektrischen Straßenbahnwagen zwecks Namensfeststellung nach dem Bezirksamt Karlsruhe verbringern, wo nach Feststellung der Personalien die Entlassung sämtlicher Teilnehmer erfolgte. (Es scheint, daß man mit dieser Aktion etwas reichlich viel Klammere für die Sache der Kommunisten gemacht hat. Es soll übrigens, wie wir unter Hand erfahren haben, nicht stimmen, daß alle Entlassenen freigelassen wurden, sondern es sollen noch 1 Ausländer und eine wegen anderer Vergehen auf der Fahndungsliste stehende Frauensperson festgehalten werden. Die Red.)

Reichsrat.

Berlin, 26. Febr. In der heutigen öffentlichen Reichsratsitzung wurde der Gesetzentwurf über die Grundschule und die Aufhebung der Vorstufe nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen. Hauptbestimmung ist darnach, daß die Volksschule in den vier unteren Jahrgängen, die für alle die gemeinsame Grundschule bildet, auf der das mittlere und höhere Schulwesen aufgebaut ist. Der Mini-

ster wies darauf hin, daß das vorliegende Gesetz finanziell lange nicht die große Tragweite hat wie die noch kommenden Schulgesetze.

Angenommen wurde ferner ein Gesetzentwurf betr. die Erhöhung der Zuständigkeit der Amtsgerichte bei bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und vermögensrechtlichen Ansprüchen. Während bisher die Wertgrenze 600 M. ist sie jetzt im Entwurf mit Rücksicht auf die große Entwertung des Geldes auf 1200 M. erhöht worden. Angenommen wurde schließlich noch eine unter dem Druck der Entente notwendig gewordene Ergänzung des Gesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen. Sachsen enthielt sich der Stimmabgabe.

Eisenbahnerstreik in Frankreich.

Paris, 26. Febr. Der Ausstand auf den Linien der Eisenbahngesellschaft Paris-Mediterranée ist seit gestern abend fast vollständig. Der Lyoner Bahnhof in Paris ist geschlossen. Es scheint, daß die Pariser Eisenbahner der Bewegung folgen wollen. Ihre Delegierten haben gestern abend beschlossen, in den Streit einzutreten. In Lyon, Marseille und Dijon sind nach dem „Matin“ ähnliche Beschlüsse gefaßt worden. Die nationale Eisenbahnergewerkschaft hat die Eisenbahngesellschaft Paris-Lyon-Mittelmeer aufgefordert, die Mäßigung des Eisenbahnerstreiks in Billeneuf rückgängig zu machen. Nach dem „Petit Journal“ zeigen sich Teilstreiks in einigen Eisenbahnhauptstellen in der Umgebung von Paris. Die Regierung hat übrigens bekannt gegeben, daß der Transport von Lebensmitteln sichergestellt ist.

Paris, 26. Febr. Infolge des Eisenbahnerstreiks steigen bereits die Lebensmittelpreise in Paris.

Französische Zeitungslagen.

Berlin, 26. Febr. Die bayerische Regierung erucht und fordert zu veröffentlichen: Der „Intransigent“ behauptet in seiner Nummer vom 23. Febr. 1920, daß die französische Regierung von Bayern gebeten worden sei, ihm einen Gefandten zu schicken. Die Behauptung ist selbstverständlich in vollem Umfang aus der Luft gegriffen.

Französischer Sozialistenkongress.

Paris, 26. Febr. Der nationalsozialistische Kongress in Straßburg wurde gestern eröffnet. Nach der üblichen Begrüßung durch den Präsidenten des Generalkomitees begrüßten die ausländischen Delegierten die französischen Sozialisten. Man beriet sodann über den Bericht des Generalsekretärs und über das Organ der Partei, die „Humanité“. Die Verhandlungen wurden heute fortgesetzt.

Internationaler Kinderkongress.

Genf, 26. Febr. Die erste Sitzung des Kongresses der Hilfswerke für die im Kriege in Not geratenen Kinder fand am Mittwoch nachmittag hier statt. Es hatten sich hierzu etwa 200 Delegierte aus allen Ländern Europas eingefunden. England ist besonders stark vertreten. Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Frankreich, Italien, Polen, die Tschechoslowakei, Serbien und Schweden haben alle mehrere Delegierte entsandt. Norwegen ist durch einen Delegierten vertreten. Den Vorsitz führt George Berner, Präsident des Arbeitsausschusses des Verbandes der Hilfsorganisationen. Am Donnerstag werden die eigentlichen Arbeiten des Kongresses in Angriff genommen.

Projekt Erzberger-Helferich.

Berlin, 26. Febr. In der Verhandlung kommt heute das Thema Kriegsschulden zur Erörterung. Erzberger hat in der Nationalversammlung Helferich vorgeschlagen, daß er als Staatssekretär des Schatzamts gegen die Kriegsschulden geworfen sei. Hierzu kommt eine Besprechung von Helfferich mit Erzberger im Januar 1917 zur Sprache, als Helferich erklärte nun, daß der Vorlage angekündigt hatte. Helferich erklärte nun, daß der Vorlage, Spahn ihm die Neuerung eines Abgeordneten mitgeteilt habe, Helfferich sei bereit, um des Kriegsschulden willen, die Steuerentlastung zurückzugeben. Dieser Abgeordnete sei Erzberger gewesen. v. Helfferich hat ausdrücklich verneint, daß er Erzberger gegenüber eine derartige Erklärung abgegeben habe. Erzberger erklärte dagegen, die Bemerkung von Helfferich sei gefallen.

Als Zeugen sind heute u. a. erschienen: von Helfferich, der frühere Minister Spahn, Stroemmer und Hagenberg. Der Verhandlungssaal ist zum ersten Mal überfüllt. v. Helfferich sagt aus, er habe, um eine Erschütterung des Bürgerfriedens zu vermeiden, Erzberger zugesagt, er würde seine Bedenken mit Helferich besprechen und habe das auch getan. Er habe Erzberger gegenüber geäußert, es sei Pflicht in der Art der Behandlung der Vorlage im Reichstage alles zu vermeiden, was den Bürgerfrieden tatsächlich untergraben könnte. Eine Andeutung, daß er persönlich nicht hinter der Steuerentlastung lände oder sie gar zurückziehen wolle, habe er nicht gemacht. Er habe den Eindruck gehabt, daß Erzberger daran gelegen war, die Steuerentlastung zu Fall zu bringen. Wenn Erzberger so gesprochen habe, wie er es jetzt darstellt, so möge der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen sein. Erzberger bleibt dabei, er habe unmittelbar nach der Unterredung mit Helfferich mit seiner Fraktion darüber gesprochen von dem Eindruck, den er erhalten habe. Es sei ganz ausgeschlossen, daß er behauptet falsche Mitteilungen gemacht habe. Die Vernehmung des Staatsministers Spahn ergibt, wie Oberstaatsanwalt Krause zusammenfaßt, daß Erzberger gelagte habe, der Reichstagsler legt auf die Zurückdrückung der Steuerentlastungen keinen Wert mehr.

Der Abtransport aus Anhalt.

Berlin, 27. Febr. Die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Die Verhandlungen über die gegenseitige Heimführung der Gefangenen mit den Vertretern der Sowjetrepublik haben begonnen und werden mit der größten Beschleunigung geführt, jedoch in Anbetracht der Unterzeichnung des Abkommens abgebrochen werden kann. Inzwischen muß fest berücksichtigt werden, daß die zu überwindenden technischen Schwierigkeiten noch keine Bestimmung eines Zeitpunktes zulassen, wann mit dem Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen zu rechnen ist.

Mehr Interesse für die Beibehaltung der Zwangswirtschaft.

Von A. Weizmann, Mitglied des Bad. Landtags.

Als vor nunmehr 20 Jahren der alte Liebnecht starb, erzählte die Parteipresse, daß eines seiner letzten Worte gewesen sei: Nur nicht in die Densjewe drängen lassen, immer in der Offensive bleiben! Wenn man das derzeitige gleichgültige Verhalten weiter Schichten der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterchaft Badens in der gewiß nicht nebenbei die Frage der Beibehaltung oder Aufhebung der Zwangswirtschaft beobachtet, hat man allerdings den beklagenswerten Eindruck, daß sie sich schon seit Monaten in die Densjewe drängen lassen. Die Offensive haben die andern, die Produzenten, die badischen Landwirte und ihre zur Zeit recht gut funktionierenden Organisationen ergriffen. Wir in den Städten schimpfen auf die Regierung, und die elenden Kommunalverbände und sehen ruhig zu, wie draußen auf dem Lande die Stimmführung für die Aufhebung der Zwangswirtschaft im Baden begriffen ist und dazu führt, daß die gefaßten Resolutionen für ihre resolute Beibehaltung immer zahlreicher werden.

Im badischen Mittellande ist etwas ruhiger, aber im Oberlande hält der neue Verein mittlerer und kleinerer Landwirte Sonntag für Sonntag gutebesuchte Versammlungen ab und im Hinterlande erörtert man mit demselben Eifer ständig das Thema: Auswüchse in der Zwangswirtschaft ländlicher Erzeugnisse. Natürlich will man letzten Endes nicht nur die Auswüchse, sondern die verhasste Zwangswirtschaft überhaupt beseitigen. Und unter dem Vorwand ist rücker anwesenden Landwirte magte jüngst in einer überfüllten Versammlung in Weiskheim der deutschnationale Landtagsabgeordnete Bürgermeister Herke Sachsenflur die unwahre Behauptung, alle Berufsgruppen hätten durch die Revolution tatsächliche Vorteile erreicht (Streitrecht der Beamten, Achtstundentag der Arbeiter), nur die Landwirtschaft sei leer ausgegangen. Dabei tauschten die Städter täglich ihre gesungener mit den „Lererausgegangenen“ Landwirten und wüßten sicherlich, daß sie sich alsdann wohl befänden, wie in der gegenwärtigen jähwiegigen Zeit beim Streitrecht und beim Achtstundentag.

Das ist es eben, was wir bei der jetzigen Bauernbewegung beklagen, es fehlt häufig und gar oft gänzlich das Verständnis für die tatsächliche Situation der ländlichen Konjunktur. Der Landwirt sieht in den Städten nur die gefüllten Cafés und Kinos, die tanzlustige Jugend und die angeblichen arbeitslosen Arbeitslosen und weiß nicht und kennt nicht das Ernährungs-elend in seiner trassen Horn, wie es in fast allen Schichten der ländlichen Bevölkerung — mit Ausnahme jener Kreise, die immer und bei allen Gelegenheiten über gefüllte Geldbeutel verfügen — anzutreffen ist. Er geht nicht in die Seitengassen der Städte, in die Beamten- und Arbeiterwohnungen und lernt nicht die dudenbüchigen Mäde der städtischen Hausfrauen, wenn sie für ihre Angehörigen die Maßzeiten herrichten sollen, in der Nähe und aus eigenem Verhältnisse nicht nur in den großen sondern auch in den kleineren und mittleren Städten Badens, wenn auf der jüngst in Karlsruhe abgehaltenen Schulferien der Karlsruher Stadtschulrat Dr. Raul, ohne Widerspruch finden zu können, feststellen mußte: Mehr als 50 Prozent aller Volksschüler sind tuberkulös! Hört ihrs, badische Landwirte, die Hälfte der badischen Volksschüler sind infolge der furchtbaren Hungerelende und der andauernden Entbehrungen seit bald sechs Jahren lungenkrank, schwindsüchtig und befrungen seit bald sechs Jahren lungenkrank, schwindsüchtig und vielleicht für immer dem Siedstuch geweiht. Warum, so frage ich, läßt man solche eindringlichen Mahnrufe auf dem Lande unbeschäftigt? Warum erwähnt man in den Resolutionen für die Aufhebung der Zwangswirtschaft, die man fast jeden Tag nach Karlsruhe an die Adresse der badischen Regierung sendet, mit keinem Sterbenswörtchen das sichere Schicksal der ländlichen Verbraucher, wenn die Zwangswirtschaft des Getreides, des Fleisches, der Milch und der Kartoffeln ebenfalls noch aufgehoben wird? Denn darüber sollte man sich auch in den Städten klar sein! Es tritt eine maßlose Preissteigerung in dem Augenblick ein, in welchem in Baden und im Reich die Zwangswirtschaft aufgehoben wird. Das gab erst vor kurzem sogar der bündlerische württembergische Landtagsabgeordnete Körner zu, als er in einer landwirtschaftlichen Versammlung bei Heildronn u. a. ausführte:

„Solange wir noch Zwangswirtschaft haben, ist denen, die das Geld nicht haben, wenigstens noch ein Minimum an Lebensmitteln garantiert; wird sie aufgehoben, ist die direkte Folge die, daß wir kein Geld hat, nichts bekommt, weil die andern bereits alles aufgekauft haben.“

Natürlich würde diesem direkten Anlauf der Lebensmittel der Städter auf dem Lande eine wilde Jagd in den Dörfern vorausgehen und der totale Zusammenbruch unserer Ernährungs-wirtschaft wäre die zweifelhafte Folge.

Wollen dies die Landwirte? Ich anerkenne, nicht alle! Aber ein Teil von ihnen sicher. Und ganz unüberlegt erklärte mir schon im vorigen Sommer ein anderer ländlicher Abgeordneter des badischen Landtags: „Sehen Sie, die Bauern wissen, daß die jetzigen Zeiten nicht ewig dauern; es kommt einmal wieder Getreide aus dem Auslande, es wird mehr angebaut, wie während des Krieges und da sagen sie sich: Wird die Zwangswirtschaft aufgehoben, dann sind uns die höheren Preise wenigstens noch auf längere Zeit garantiert.“ Dies mag tatsächlich der Gedankengang vieler Landwirte sein, und daher ihr nie erlahmender Eifer bei der Beibehaltung der von ihnen als unerträglich empfundenen Zwangswirtschaft. Unerträglich? Gewiß, wir Sozialdemokraten verstehen es, wenn der Bauer klagt, alle Stände, Arbeiter, Gewerbetreibende, Industrielle usw. sind von den hemmenden wirtschaftlichen Schrauben des Krieges befreit worden, nur wir sollen uns täglich in die eigene Wirtschaft hineingucken lassen, sollen ständig von unseren manchmal selbst knappen Vorräten abgeben. Aber die Landwirtschaft und ihr Betrieb ist heute nicht mehr die Sache eines einzelnen Staates, sondern der Gesamtheit und darum — und nur im Interesse der Allgemeinheit — muß sich der Landwirt gewisse Zwangsmaßnahmen gefallen lassen.

Da er Grund, dies anzuerkennen zu haben? Auch hier muß mit einem glatten Nein! geantwortet werden. Man hat aller-

Deutsche Nationalversammlung.

B. Berlin, 26. Februar.

Präsident Behrensdorf eröffnet die Sitzung um 3 1/2 Uhr und teilt ein Telegramm von deutschen Kriegsgefangenen aus Neudenen ab, die nach Polen transportiert werden sollen. Er entbietet der Nationalversammlung unverbrüchliche Treue. Der Vorkonferenzschluß hat beschlossen, vorzuschlagen, am Freitag keine Anfragen zu erledigen und am Samstag mit der allgemeinen Beratung der Steuergesetze zu beginnen. Der Gesetzentwurf über den Personenstand wird dem 28er Ausschuss überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Ausführung des

Artikel 13 Absatz 2

der Verfassung des Deutschen Reiches.

Abg. Dr. Cohn (L.S.): Der Entwurf erklärt das Reichsgericht für zuständig. Meinungsverschiedenheiten über die Kompetenzen von Reichs- und Landesgerichtsböden müßten dem Verfassungsansatz überwiesen werden.

Das Haus ist damit einverstanden.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die

Kemmerung des Konsulatsgebührengesetzes.

Abg. Mumm (D.N.): Die Kernwahlen zum Reichstag werden durch solche Vorlagen immer weiter verschoben. Es ist zu bezweifeln, ob durch die Bestimmungen des Gesetzentwurfs die unerwünschte Einwanderung nennenswert eingebremst wird. Hier muß man im Notfall durch Einsetzung der lästigen Einwanderer in Sammelkammern energisch vorgehen.

Reichsminister Müller: Die Regierung hat nicht die Absicht, die Nationalversammlung länger als nötig zusammenzuhalten. Über eine Reihe von Gesetzen muß erledigt werden.

Der Entwurf geht an den Volkswirtschaftsausschuss.

Es folgt die erste Beratung des

Körperschaftengesetzes.

Unterstaatssekretär Müller: Das Gesetz findet seine Begründung in der Notlage des Reiches.

Der Gesetzentwurf geht an den Steuer- und Wirtschaftsausschuss.

Nach Erledigung einer Reihe von Petitionen wird die Sitzung auf morgen nachmittags 3 Uhr vertagt. Anfragen, Einkommensteuergesetz. — Schluß 4 1/2 Uhr.

Badische Politik.

Zur Aufteilung des Großgrundbesitzes am Bodensee schreibt uns Gen. Weismann: Der von mir unter dieser Ueberschrift veröffentlichte Artikel hat mir eine größere Anzahl Zuschriften und Zeitungsaufsätze eingebracht. Ich bin nicht in der Lage, jedem Einsender einzeln zu antworten; ich bitte nur die Berücksichtigung hinzunehmen, daß sowohl in der sozialdemokratischen Landtagsfraktion wie in der Parteipresse die Debatte darüber fortgesetzt wird (soweit es der Raum mangel unserer Parteizeitungen erlaubt), in welcher Weise der eventuell enteignete Großgrundbesitz zum Nutzen der Allgemeinheit Verwendung finden muß. Soweit ich die eingelaufenen Artikel zu prüfen in der Lage war, spreche ich die meisten Einsender für die Uebernahme des Landesherren Grund und Bodens durch den Staat aus. Nachdem nunmehr das neue Siedelungsgesetz dem badischen Landtag zugegangen ist, tritt die Angelegenheit aus dem Rahmen der theoretischen Erörterungen heraus; sie wird nach der Verabschiedung des Gesetzes dann praktische Formen annehmen. — Ich erhalte auch die Mitteilung, daß einzelne Standesherrschaften zugunsten der Werke sind, Grund und Boden zu verkaufen, um sich vor etwaigen Sanktionen des oben erwähnten Siedelungsgesetzes zu sichern. Als Käufer sollen auch Landwirte auftreten, die schon über größere Besitz verfügen. Es scheint notwendig, auf das im vorliegenden Sommer vom Landtag beschlossene Sperrgesetz aufmerksam zu machen, das solche Verkäufe unter die Kontrolle der Staatsbehörden bringend, der Bezirksämter stellt.

Die neuen Kinderzulagen für die Staatsangestellten unterstanden am Mittwoch nachmittags in der Sitzung des Haushaltsausschusses der Abstimmung; sie betragen pro Kind 20 Mk. Alle Parteien stimmten dafür und insbesondere die sozialdemokratische Fraktion betonte die Notwendigkeit härteren finanziellen Schutzes der Kinder, die, soweit sie wenigstens in den Städten wohnen, durch die Hungerplünderung jähren gelitten haben. — Dann kam die sozialdemokratische Fraktion nochmals auf ihre frühere Anregung zurück, den Eisenbahnern bei Krankheit die Differenz zwischen dem empfangenen Krankengeld und dem Lohn, wenn auch nur teilweise, zu bezahlen. Es müßte sich eine Form finden lassen, um diesen Wünschen der Eisenbahner, die die Verteidigung der badischen Bahnen erfolgt ist, gerecht zu werden. Die Angelegenheit soll in der Plenarversammlung am Donnerstag zur Sprache gebracht werden. Damit war der 8. Nachtrag erledigt. — Es wurde noch der Entwurf des Gesetzes, der den pensionierten Beamten höhere Bezüge sichert und die Härten der Zuschussbesetzung mit dem 66. Lebensjahr einigermassen mildert, zur Beschlußfassung erhoben. Eingefügt wurde noch die Bestimmung: Die Erhöhung tritt mit dem Ende der Jurisprudenz, spätestens mit dem 1. April 1920, in Kraft.

Die neuen Eisenbahnpreise ab 1. März. Die von einem Teil der Presse veröffentlichte Mitteilung, daß ab 1. März eine Verdoppelung der Fahrpreise eintrete und diese durch Ausgabe doppelter Fahrkarten in Wirkung trete, trifft für Baden und Württemberg nicht zu. Hier wird zwar auch in der 1.—3. Klasse der Fahrpreisaufschlag durch Verdoppelung erhoben, in der 4. Klasse beträgt die Erhöhung nicht 100, sondern nur etwa 70%. Es kommt dies daher, daß in Baden und Württemberg bisher der Kilometer der 4. Klasse in der Grundklasse schon um 0,3 A höher war als in Preußen. Die neuesten Fahrpreise sehen Mindestsätze vor, diese betragen in 1. Kl. 2,40 A, 2. Kl. 1,50 A, 3. Kl. 0,90 A, 4. Kl. 0,50 A.

Die Grunderwerbsteuer. Das Finanzministerium hat den Entwurf eines Landesgesetzes über die Grunderwerbsteuer umgearbeitet. Der Entwurf sieht jetzt vor, daß das auf Baden entfallende Aufkommen in vollem Umfang in die Landeskasse fließen, daß aber die Gemeinden einen Zuschlag bis zu 2% in den Fällen des § 10 des Grunderwerbsteuergesetzes ein Prozent des pflanzlichen Wertes erheben dürfen. Obwohl die höhere Belastung der Steuerpflichtigen nicht erfreulich erscheint, hat sich der Ausschuss des Verbandes der mittleren Städte Baden im Hinblick auf die finanziellen Bedürfnisse des Landes sowohl als der Gemeinden sich nicht gegen den Entwurf ausgesprochen.

Die Aufbringung des Gemeindefinanzbedarfes. Im Landtag ist ein Gesetzentwurf über die Aufbringung des Gemeindefinanzbedarfes zur Beratung gelangt. In dem Gesetzentwurf wird u. a. bestimmt, daß von solchen Personen, welche sich in einer Gemeinde aufhalten, ohne daselbst einen Wohnsitz zu haben und deren Aufenthalt die Dauer von drei Monaten nicht übersteigt, Abgaben zur teilweisen Deckung der der Gemeinde für Unterbringung der Bevölkerung, deren Versorgung mit Lebensmittel und Aufgaben ähnlicher Art entstehenden Kosten erhoben werden. — Das Gesetz wurde aus dem Grunde erlassen, um den Gemeinden die Möglichkeit zu geben, auch diejenigen Ortsfremden, welche weder nach der Gemeinde noch nach der Städteordnung zu den Gemeindefinanzbeiträgen, zur Deckung solcher Kosten heranzuziehen, welche mit der Unterbringung und Ernährung der Bevölkerung zusammenhängen.

In Bayern werden in den Städten und Gemeinden von Ortsfremden schon seit einiger Zeit solche Abgaben erhoben.

Die badischen Staatsbahnen hatten im Januar dieses Jahres eine Einnahme von 27 141 000 A gegen 16 989 000 A im gleichen Monat des Vorjahres. Davon entfallen nahezu 6 Millionen auf den Personenverkehr, der Rest auf den Güterverkehr und schließlich Januar 1920 stellt sich die Abgabensumme auf etwas über 283 Millionen, d. h. 76,3 Millionen mehr als in dem gleichen Zeitraum des Jahres 1918.

Aus dem Lande.

Forstheim, 26. Febr. In der Gold- und Silberkettenfabrik von Emil Becker sind bei einem Einbruch Silber- und Kupfergegenstände im Werte von 70 bis 75 000 A gestohlen worden. — In einem Laden an der Westl. Karl-Friedrichstraße wurde eine größere Menge Damen-, Herren- und Kinderhüte im Werte von über 6000 A gestohlen.

Donaueschingen, 25. Febr. Bürgermeister, Landtagsabgeordneter Schön, hat beabsichtigt nach seinem Ausscheiden aus dem städtischen Amte die Stelle eines Amtmanns in Göttingen anzunehmen. Jetzt wird er wieder aus dem Staatsdienst ausgeschieden und Direktor des badischen landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbandes in Karlsruhe werden. Sein Landtagsmandat behält er bei.

Mühlheim, 26. Febr. Ein Wälderstreit droht im hiesigen Bezirk auszubrechen. Die Wälderinnung des Bezirks Mühlheim gibt bekannt, daß die meisten Betriebe still gelegt werden sollen, weil der Kommunalverband ihnen die Reklamation verweigert. Demgegenüber erklärte der Kommunalverband, daß er zu scharfen Kontrollmaßnahmen bei den Wäldern habe greifen müssen, weil die Markenablieferung ungenau war. Sollten die Wälder ihren Schritt bewilligen, so werde Weid- und Brot von Freiburg geliefert. — In der Kaffee- und Zuckerfabrik von J. B. Weigen und Gerthe durch die Gendarmen beschlagnahmt.

Rebelsberg, 26. Febr. Wie der Gemeinde Mühl ist jetzt auch dem Bezirksamt Rebelsberg von dem Schwabenerverein in Chicago eine Spende von 4000 A als Beitrag der Chicagoer Messe ausgegangen.

Nahplanänderung. Von Montag, den 1. März an besteht der Zug 3312 wieder wie folgt: Mühlacker ab 10.20 Uhr vorm., Enzberg 10.27/28, Riefen 10.35/37, Göttingen (Baden) 10.42/43, Forstheim an 10.50 Uhr vorm. Der Zug 2302 beginnt vom gleichen Zeitpunkt an in Enzberg; Enzberg ab 6.47 Uhr, Riefen an 6.54, ab 7 Uhr und weiter nach Forstheim (an 7.15 Uhr) wie seither.

Gerichtszeitung.

Umfangreiche Eisenbahn Diebstähle hatten der 21jährige Bildhauermeister R. Kempf und der fast gleichaltrige Edgar Haack im Hauptbahnhof in Freiburg unternommen. Sie beraubten in den Nachtstunden die Koffer und stahlen Wäsche und Kleidungsstücke im Wert von mehr als 16 000 A. Auch die Eisenbahnwagen wurden in Freiburg durch die beiden Täter in 3 1/2 Jahren Gefängnis, Haack in 3 Jahren 3 Monaten Gefängnis, mehrere Helfer und Helferinnen, die die Diebstahlsbeute veräußert hatten, erhielten mehrtägige Gefängnisstrafen.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 27. Februar.

Die Sünde des Zinses.

Ueber dieses Thema sprach am gestrigen Donnerstag abend unser Paroissengemeindeführer Stiel aus Reinstetten im „Friedrichshof“ vor einer zahlreichen Zuhörerschaft. Nachdem der Referent die Anwesenheit aus dem bürgerlichen Lager um Zurückstellung aller Voreingenommenheit ersuchte, führte er u. a. aus: Ich habe ein Aikentat vor gegen das Zinssystem, das heute ja von der Allgemeinheit als alles Recht angesehen wird. Es mag ja ganz schön sein, Kupons abzugeben, aber wir müssen und doch fragen: Wie weit ist das Zinssystem erlaubt? Der Liberalismus lehrt das sogenannte freie Spiel der Kräfte und schaltet dadurch alle sittlichen Kräfte, V. der Nächstenliebe, der Güte usw. aus dem Wirtschaftssystem aus. Der Liberalismus ist aus diesem Grunde auch eine Verleugnung des Christentums. Es ist die Schuld der vergangenen Jahrhunderte, daß der Gedanke des Christentums aus dem Wirtschaftssystem verdrängt wurde und nun stehen wir mit der heutigen Not mitten drin in der Verfehlung der Strafe. Das Zinssystem ist schuld an unserer heutigen Wirtschaftslage. Die Rentabilität des Zinses ist nicht das Kapital. Es entsteht keine Fabrik, kein Unternehmen, ist. Andererseits können nach so himmelstiegender Mängel an Bedarfsartikeln vorhanden sein, der Kapitalismus befriedigt ist nicht, wenn die Rentabilität nicht gesichert ist, denn diese ist seine treibende Kraft. Es ist falsch ausgedrückt, wenn man sagt, das Kapital trägt Zinsen. Das Kapital an und für sich ist fruchtlos und kann gar nichts tragen, das tut nur die produktive Arbeit. Nicht die Besitzer der Industrie-Betriebe produzieren, sondern die darin beschäftigten Arbeiter. Deshalb verhält es sich mit dem Handel- und Hausbesitzkapital. Das Profitierat ist der Kreuzträger unserer heutigen Wirtschaftslage. Das Recht auf die Zinsen wird vielfach abgeleitet von dem Recht der Kapitalisten. Das ist an und für sich richtig, aber die Arbeiterklasse riskiert Leben und Gesundheit und ist, wenn bei der Entscheidung das Risiko mitbestimmend sein soll, viel zu niedrig entlohnt. Das Zinssystem ist eine Verleugnung gegen das 7. Gebot: „Du sollst nicht stehlen.“ Wir müssen darum den Kapitalismus verwerten.

Das erste Gebot, das den Zins als Sünde erklärt hat — und das mögen sich insbesondere die Antisemiten merken —, waren die Juden. Das jüdische Zinsverbot ist und bleibt ein Ehrenmal der katholischen Kirche des Mittelalters. Auch der große Reformator Martin Luther sagte: Zinsnehmen ist doch eine Sünde. Mit der Zeit haben aber die Kirchen gelehrt, das jüdische Zinsverbot war der Sündenfall des Christentums und dieses hat dadurch unsere Wirtschaft in Ordnung dem Zinsentum ausgeliefert.

Wir stehen nun mitten drin in kapitalistischen Systemen, Monarch ist der König Rammon. Auf evangelischen Lagungen ist man besondere Meinung: Das Christentum will sich neutralität im Wirtschaftskampf. Eine solche Neutralität ist Fahrenflucht und Zügelung der Sünde des Zinses. Es wäre notwendig und an der Zeit, daß die Kirche sich in diesem Kampf gegen den Kapitalismus. Da wirtschaftlicher Sinn ist, müssen Kirche und Sozialdemokratie treue Kampfgesellen sein.

Der Vortrag wurde mit hübschem Beifall aufgenommen. An der Diskussion beteiligten sich Herr Redner, u. a. unser Parteigenosse Gert, Stadtmagister in Forstheim, u. Gen. Dr. Dieb. In seinem kurzen Schlusswort hat Gen. Stiel u. a. die nicht auf christlicher Weltanschauung stehenden Sozialdemokraten, sondern diese Kritiker für die Verwirklichung des Sozialismus als vollwertig zu achten.

Buchergesetz zu Karlsruhe.

Karlsruhe, 26. Februar. Unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Kempff (Vorsitz: Landgerichtsräte Dr. Weischofer und Deißler, Schöffen: Emil Palmer, Druckerarbeiter in Hagsfeld und Peter Rees, Kaufmann, hier) hielt das Buchergesetz seine zweite Sitzung ab. Der erste Fall betraf die Anlage gegen den Kaufmann Hugo Oppenheimer aus Gemmingen, den Kaufmann Rudolf Rothmaier aus Schwendi und den Kaufmann Friedrich Julius Müller aus Hagsfeld wegen Schleichhandels, Freistreiberei etc. Zum Vertriebe von Holz, das aus militärischen Beständen herrührte, war eine Gesellschaft gegründet worden, die ihren Sitz in Karlsruhe hatte, und das Holz an kleinere Abnehmer und an gemeinnützige Genossenschaften liefern sollte. Da man eine Besetzung von Karlsruhe durch die Feinde befürchtete, bezieht man sich mit dem Vertriebe des Holzes und gab es auch an Großfirmen ab. Die Siedelungsgenossenschaft in Bruchsal kaufte 124 Wagen und machte dann mit einem Sägewerksbesitzer in Bruchsal ein Leihgeschäft. Dieser lieferte der Genossenschaft für das militärische Holz, für das die Genossenschaft keine Befugnis hatte, Kaufholz. Das Holz, das das Sägewerk lieferte, war aber nicht gut und das Sägewerk wollte solche bessere Qualität sich verschaffen. Deshalb wandte sich der Angeklagte Rothmaier an Oppenheimer, der etwa 24 von den 124 Wagen abrief. Er erhielt die Wagen zum Selbstkostenpreis, einen Teil auch zum Tagespreis, abzüglich der Kosten. Er verkaufte das Holz dann wieder zu dem Tagespreis. Das Gericht verurteilte Oppenheimer und Rothmaier zu je 20 000 Mark Geldstrafe, an deren Stelle bis zu 1 Jahr Gefängnis treten kann und Rückertung des Leibeserlöses mit 28 000 Mark. Das Urteil soll in einer Karlsruhe- und einer Bruchsaler Zeitung veröffentlicht werden. Müller wurde freigesprochen.

Der Gastwirt Adolf Ritter aus Bühligen, der Solbiter Emil Stephan, der Gastwirt Georg Füllgraf aus Karlsruhe, u. G. und der Geschäftsführer Albert Klinger aus Bad. hatten aus dem besetzten Gebiete von der Umgebung von Rehl Fleisch bezogen und es in ihren Wirtschaften in Baden-Waben verkauft. Wegen Freistreiberei wurde Ritter zu 60 Mark Geldstrafe, Stephan zu 100 Mark, Füllgraf zu 60 Mark und Klinger zu 30 Mark verurteilt. Anstelle von je 10 Mark Geldstrafe tritt im Falle der Unbeibringlichkeit eine Gefängnisstrafe von 1 Tag.

Bündelholzwucher.

Kaum ist die Druderschwärze trocken, mit der die beachtliche Erhöhung der Bündelholzkasse bekannt gegeben wurde, und schon wird in verschiedenen Geschäften ein Preis von 2,50 A pro Paket verlangt und infolge der künstlich herbeigeführten Bündelnot von vielen Konsumenten auch bezahlt. Wir richten deshalb an die Käufer die Mahnung, für das Paket nicht mehr wie 1,30 A zu zahlen, da der erhöhte Preis nicht in Kraft ist. Auch sei bei jeder Gelegenheit darauf hingewiesen, daß für jede einzelne Schachtel im Einzelhandel der Verkaufspreis 13 A beträgt, während in verschiedenen Verkaufsstellen ein höherer Betrag verlangt wird. Die Käufer werden in ihrem eigenen Interesse gut tun, nur den gesetzlichen Höchstpreis zu bezahlen und Höchstpreisüberschreitungen dem Landespreismittel mitzuteilen.

Alle Baukunst in Karlsruhe. Mit der Veranstaltung am Dienstag, 2. März, abends 8 1/2 Uhr, im großen Rathausaal will der Bildungsausschuss der sozialdemokratischen Partei den Genossen und Genossinnen Wider aus der engeren Heimat, aus Karlsruhe selbst, zeigen. Herr Dr. Valdenaire ist der berufene Führer hierzu, sein Vortrag über „Alle Baukunst in Karlsruhe“ wird den Besuchern ein Bild über die heimischen Wandmalereien geben, eine Geschichte der Baukunst unserer Stadt. Eine Anzahl Nichtmitglieder wird den Vortrag wirkungsvoll ergänzen. Der Eintritt beträgt einseitlich 1 Mk.; der Preis ermäßigt jedermann, die Veranstaltung zu besuchen. Karten sind im Vorverkauf zu haben: In der Wirtschaft „Zum Geigenfriedrich“, Gewulfsstraße 2 (Oststadt); „Bürgerhaus Köpfer“, Müppurrerstraße 10, „Auerhahn“, Expedition des „Volkstempel“ (Südstadt); „Kollbushandlung, Adlerstraße 16 (Mitstadt); „Zur Krone“, Ecke Douglas- und Amalienstraße, „Zur Cambrinus-Halle“ (Mittel- und Südoststadt); „Zum Württemberger Hof“ (Weststadt) und „Zum Hirsch“ (Mühlburg).

1. Kriegsgefangenenheimkehr. Der Rücktransport der Kriegsgefangenen ist in vollem Gange. Am Montag kamen 950 Mann von Ostfront, 300 von Konstantin und 1000 Mann von Mannheim hier durch, letztere wurden nach dem Lager Heuberg weiter geleitet. Zu ihrer Begrüßung wirkte die städtische Söhleler-Lepelle unter Leitung des Herrn Hauptlehrers W. Dörfle und der Singchor der Töchter der Herr Hauptlehrers Weinreuter am Bahnhof mit. Am Dienstag wurden 1000 Mann aus Fernburg auf der Fahrt nach Mühligen vom Karlsruhe-„Liebeskreis“ unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Casimir begrüßt. Nachmittags kamen 800 Mann von Konstantin und 900 Mann von Mannheim durch. Diese beiden Transporte wurden durch den Singchor der Pestalozzischule unter Leitung des Herrn Hauptlehrers Metz empfangen. Der letzte Transport kam über Ludwigsbaben und wurde dem Durchgangslager Heuberg zugeleitet. Die Heimkehrer hatten eine sehr lange Eisenbahnfahrt hinter sich und waren den jugendlichen Sängern herzlich dankbar. Einer der Heimkehrer brachte den Dank in kurzer Ansprache zum Ausdruck und in braufenden Hochrufen stimmten die anderen ein. Die Transporte wurden vom Roten Kreuz und der Kriegsgefangenenheimkehr, wie üblich, betreut.

8. Wer kann Auskunft geben? Der nicht wird seit nunmehr 10 Tagen ein 10 Jahre altes Mädchen, das einer aus Lothringen vertriebenen Arbeiterfamilie, die in der Ettlingerstraße 19 wohnt, angehört. Das Kind trägt schwarzen Mantel und weiße Pelzjacke und soll sich in der Stadt aufhalten. Alle Nachforschungen nach ihm sind bis jetzt erfolglos geblieben.

Zu unangenehmen Störungen infolge Verlegen des elektrischen Stromes am gestrigen abend. Mehrere Male fehlte der Strom, jedoch oft längere Zeit die beschriebenen Lokale im Finsternis gehüllt waren, was in den Geschäften sowie bei den städtischen Versammlungen, Veranstaltungen usw. recht unangenehm in Erscheinung trat. Die elektrische Straßenbahn blieb ebenfalls auf der Strecke liegen, wobei sich u. a. in der Kaiserallee zwischen Mühlburgertor und Schillerstraße, wo Wagen anhalten, ein eigenartiges Bild ergab. Hoffentlich werden wir nicht allzuviel von diesen so unangenehmen Störungen heimgeführt.

Vorfall! Beim Sprengen von Stumpen im Hardwald wurde am 26. ds. Mts. ein 7 Jahre alter Volkshäcker von hier von einem abgepressten Holzstück an den linken Unterschenkel getroffen, so daß er einen Unterschenkelbruch davontrug. Der Knabe fand Aufnahme im städt. Krankenhaus.

Ladeneinbrüche. Gestern gelang es der Schupmannschaft, in hiesige Ladengeschäfte während der Mittagspause verübte und dabei die Ladentassen plündernde, in der Person eines Kaufmanns von hier zu ermitteln und festzunehmen.

Sozialdemokr. Partei. — Bezirk Mühlburg. Morgen Samstag, 28. Februar, abends 7 1/2 Uhr (vor der Versammlung) Bezirksausführung im „Girch“. Vollständiges Erscheinen notwendig.

Veranstaltungen.

Der Bürgerverein Karlsruhe-Weierheim hält am Sonntag, 29. ds. Mts., nachm. 2 Uhr, im „Murgüter Hof“ in Weierheim seine Generalversammlung ab. (Siehe Inserat).

Konzert der Kammerängerin Lala Mitz-Gmeiner. Es sei hierdurch auf das heute abend 7 1/2 Uhr im Eintrachtsaal stattfindende Konzert der Kammerängerin Lala Mitz-Gmeiner aus Berlin und des Pianisten Julius Weismann aus Freiburg hingewiesen. Karten bis 6 Uhr bei Kurt Reußel vorm. Hofmusikalienhandlung Hugo Kunz, ab 7 Uhr an der Eintrachtskasse.

Kleine Nachrichten.

Mün. Eine diebstahlige Schieberei. Die 700 Rtr. der Stadt Mühl gehörigen Weizen nach bergischen Städten verschleppt haben, ist hier verhaftet worden. Die Empfänger waren Oberstadtschreiber, Stadtschreiber und Stadtorde, alles Mitglieder der U.S.P.

Berlin. Dem „Berl. Tagbl.“ zufolge berichtet der „Angr.“, daß die Milchmenge, die von Holland an Deutschland geliefert wurde, täglich 30 000 Liter betrage. Es sei beabsichtigt, diese Menge Anfang März auf 40 000 Liter zu erhöhen.

Berlin. Aus Augsburg wird dem „Berl. Tagbl.“ berichtet, daß die dortige Eisereiserei einer großen Schließung von Kerzen, Militärdürschüssen, Salvorien usw. auf die Spur gekommen ist. Vorläufig sind vier Personen festgenommen worden. Die Waren, die allein in Augsburg zum Angebot gelangt seien, hätten einen Gesamtwert von 8—9 Millionen Rtr.

von Kerzen, Militärdürschüssen, Salvorien usw. auf die Spur gekommen ist. Vorläufig sind vier Personen festgenommen worden. Die Waren, die allein in Augsburg zum Angebot gelangt seien, hätten einen Gesamtwert von 8—9 Millionen Rtr.

Briefkasten der Redaktion.

H. D. Untergrömbach. Wenden Sie sich mit Ihrem Anliegen an den Abgeordneten Krißbach in Bruchsal. Ihre Sache wird veröffentlicht.

Verantwortlich für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland: Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Radel; für Politische Politik: Aus der Partei, Kommunisten, Sozialen und Reichstagen Hermann Winter; für den Anzeigen- und Inseratenteil: Kamilla in Karlsruhe, Ruitensstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Arbeitergesangverein „Gleichheit“.) Heute Freitag 7 1/2 Uhr Singstunde im Singaal der Schillerstraße, Eingang Kapellenstraße. Samstag, 28. Febr., 7 1/2 Uhr, Singstunde. 7 1/2 Uhr Sängerverammlung im Reineckersaal zum „Gleichheit“.

Karlsruhe. (Deutscher Metallarbeiter-Verband.) Am Samstag, den 28. ds. Mts., abends 6 Uhr, Versammlung der Heilungs-Monteurs, Sittensmonteurs und Helfer im „Gambinus“.

Annahme zum Schiedsgericht des Schlichtungsausschusses und Verschiedenes. Wir bitten die Kollegen, vollständig zu erscheinen. Niemand darf fehlen. 1918

Karlsruhe. (Arbeiterradfahrerverein „Solidarität“.) Sonntag, 29. Febr., 5 Uhr nachmittags, Zusammenkunft bei Mitglied Wagner zur deutschen Ecke, Angartenstr. 60. 2003

Durlach. (Sozialdemokr. Partei.) Morgen Samstag abend 7 1/2 Uhr findet in der „Krone“ Versammlung statt, wozu das Erscheinen aller Mitglieder notwendig ist. Die fog. Gemeindevorsteher sind ganz besonders aufmerksam gemacht. 1995

Durlach. (Sozialdemokratische Gemeindeverbände.) Montag den 1. März, 7 1/2 Uhr, im „Goldenen 23. 2001

Durlach. (Arbeiterradfahrerbund „Solidarität“.) Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonntag den 27. Febr. punkt 12 1/2 Uhr, ab Lokal eine Ausfahrt nach Maxau stattfindet. Man bittet um zahlreiche Beteiligung. Gäste stets willkommen. 1989

Kue bei Durlach. (Sozialdem. Verein.) Samstag den 28. Februar, abends 7 1/2 Uhr, findet im Gasthaus zur „Blume“ Parteiverammlung mit Vortrag über Betriebsrätegesetz gehalten von Parteigenossen Beck aus Karlsruhe, statt. In Anbetracht des wichtigen Themas für die Arbeiterschaft, ist vollständiges Erscheinen aller Parteigenossen notwendig. 1995

Bruchsal. (Sozialdem. Partei.) Samstag den 28. Februar abends 7 1/2 Uhr, Parteiverammlung im Gasthaus „Zur Pfala“. 2003

Städtischer Verkauf.

In der Zeit vom 28. Febr. bis einschl. 5. März 1920

Fleisch für Kranke am Samstag, den 28. Februar ds. Js. bei Kaiser, Ecke Stadtgraben und Orbinstraße, ein Schweinefleisch zu 4.30 Rtr.

Fleisch. Am Dienstag, den 2. März ds. Js. wird bei allen Metzgereien auf je zwei Fleischarten der zweiten und dritten Sorte eine Dose Corned Beef zu 4.30 Rtr. abgegeben.

Margarine am Freitag, den 5. März ds. Js. bei allen Metzgereien auf die abgegebene Fettmarte 2 je 100 Gramm, das Pfund zu 5.30 Rtr.

Bei den Kolonialwarenhandlern gelangen ab Donnerstag, den 4. März ds. Js. zur Ausgabe: Erbisen auf die Marke 93 je 250 Gramm, das Pfund zu 2.50 Rtr. Wasmelwabe auf die Marke 94 je 250 Gramm, das Pfund zu 3.70 Rtr.

Kerzen (anzl.) auf die Marke 66 ein Stück zu 1 Rtr.

In der Stadt. Obst- und Gemüsehalle (Gasthof): Kartoffeln auf die Kartoffelmarte 3 je 3 Pfund, das Pfund zu 20 Pfg. und zwar: Montag, den 1. 3. 1920 von A bis E. Dienstag, „ 2. 3. 1920 „ F „ H. Mittwoch, „ 3. 3. 1920 „ J „ L. Donnerstag, „ 4. 3. 1920 „ M „ R und Sch. Freitag, den 5. 3. 1920 „ S „ Z einschl. Sch.

Erbisen auf die Kartoffelmarte 3 ein Pfund als Kartoffelersatz, das Pfund zu Rtr. 2.50. Bruchsal, den 26. Februar 1920. 555

Geschäftsstelle des Kommunalverbandes Bruchsal-Stadt

Wastatter Anzeigen.

Lebensmittel-Verteilung

für die Zeit vom 28. Februar bis 4. März.

I. Kondensierte Milch. Von heute Mittag ab gegen Nr. 3 der Lebensmittelkarte. Preis der Dose 1.50 Rtr. 1—2 Personen erhalten 1 Dose 3—5 „ „ 2 Dosen 6 u. mehr „ „ 3

Personen ohne eigenen Haushalt ausgeschlossen. 2. Butter. Heute Mittag bei Hrl. Walter, Kirchstraße für die Nr. 2451—3400. Kopffell 50 Gramm zu 82 Pfg., Fettkarte Nr. 4.

3. Kartoffeln. Samstag, den 28. d. Mts. von 8—4 Uhr für diejenigen Familien und Einzelpersonen, welche ihren Bedarf wochenweise zu beziehen angemeldet haben. Pro Kopf 15 Pfd. à 18 Pfg.

4. Fleisch. Kopffell 100 Gramm. 5. Margarine. Samstag, Kopffell 100 Gramm zu 1.50 Rtr. gegen Nr. 9 der Lebensmittelkarte. Franklin Walter, Kirchstraße, Nr. 3401—Schluß Nr. 1—800

Frau S. Krieg, Gerrenstraße, Nr. 801—1520 Frau Kaiser, Dreherstraße, Nr. 1521—2300 Frau Köhler, Kaiserstraße, Nr. 2301—3400.

6. Anstaudbutter. Dienstag, Kopffell 50 Gramm zu 1.05 Rtr. bei Hrl. Walter gegen Fettkarte Nr. 4, für die Nr. 3461 bis Schluß und Nr. 1—100.

7. Teigwaren. Mittwoch, Kopffell 100 Gramm zu 24 Pfg. 8. Erbsen. Mittwoch, Kopffell ein halb Pfund zu 1.70 Rtr. gegen Nr. 2 der Lebensmittelkarte.

9. Wasmelwabe reines Eßl. Mittwoch, Kopffell 1 Pfund zu 3.70 Rtr. gegen Nr. 7 der Lebensmittelkarte. 10. Englische Kets. Frei verkäuflich in den bekanntgegebenen Geschäften.

II. Zeit für die Ablieferung der Marken (Wasmelwabe) längstens 9. März auf Zimmer 13.

III. Zeit für die Ablieferung der Marken (Teigwaren und Erbsen) 10. März. Die Verkaufsstellen erhalten die Lebensmittel am Montag, den 1. März, auf dem Lager Industriestraße 4, von 8—12 Uhr vormittags. Die Zustufung aus letzter Lieferung und am Samstag, den 28. März, vormittags von 8—12 Uhr auf dem Lager Industriestraße 4 abzuliefern.

IV. Abgabe von Brot und Lebensmittelkarten am Donnerstag, den 4. März, vorm. von halb 9 bis 12 Uhr für die Nummern 1—1000, nachm. von 3—6 Uhr für die Nummern 1001—2000.

Freitag, den 5. März, vorm. von halb 9 bis 12 Uhr für die Nummern 2001—3000, nachmittags von 3—6 Uhr für die Nummern 3001 bis Schluß.

Für Brotkarten, die nicht rechtzeitig abgeholt werden, ist eine Ordnungsgebühr von 1 Rtr. zu entrichten. Rastatt, den 27. Februar 1920. 543

Kommunalverband Rastatt-Stadt.

Offenburger Anzeigen.

Fleisch-Verförgung.

Fleischausgabe Samstag, den 28. ds. Mts., auf dem Wochenabschnitt 1. bis 7. März 1920 125 Gramm Fleisch und 20 Gramm Leberwurst oder Schwarzwurst.

Auf eine halbe Karte die Hälfte dieser Mengen. Kommunalverband Offenburg-Stadt. 541

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.



Jeden Dienstag abend Sitzungen der Kommissionen im „Klubhaus.“

Freitag, 27. Febr. 1920 Spieler versammlung der 1. und 2. Mannschaft. Samstag, 28. Febr. 1920 1. und 2. Schiller-Mannschaft auf unserem Platze gegen Hortha.

Beginn 2 und halb 4 Uhr, abends 8 Uhr. Spieler versammlung im „Klubhaus.“ Sonntag, 29. Febr. 1920 1. Mannschaft in Freiburg.

Abfahrt Samstag abend. Zeit der Abfahrt wird am Freitag in der Spielerversammlung bekannt gegeben. 1998

A. H. Mannschaft auf dem K. F. V. Platze 10 Uhr, nachmittags 3 Uhr. Waldlauf.

Es ist Pflicht, daß jedes aktive Mitglied daran teil nimmt. Start und Ziel Sportplatz.

P. C. Frankonia Karlsruhe e. V. Sportplatz Durlacher Allee. Mannschaftenstelle am Schlachthof.

Samstag mittag 4 Uhr Schillermannschaft auf dem V. F. B. Platze auf unserem Platze.

Training Samstag abend halb 8 Uhr Monatsversammlung im Schlachthof.

Sonntag, den 29. Februar 3. und 4. Mannschaft auf dem Nordsternplatz Beginn halb 11 Uhr bezw. 9 Uhr. 1993

Auf unserem Platze vormittags 10 Uhr A. H. geg. Nordstern A. H. nachmittags 1 Uhr II. Mannschaft gegen Nordstern komb.

Halb 5 Uhr Verbandsspiel F. V. Rastatt I. gegen Frankonia I.

Abends gemittl. Beisammensein im Schlachthof.

Fußball-Verein Grünwinkel e. V. Gegr. 1910. Eigenes Sportplatz.

Heute abend 8 Uhr im Lokal 1989 Spielerversammlung.

Die Spiele gegen F. V. Weierheim 1.—4. Mannschaft am kommenden Sonntag finden nicht statt.

Bekanntgabe anderer Spiele erfolgt in der Spielers-Versammlung. Sonntag abend Zusammenkunft im Lokal.

Segen Katarakte Emser Wasser EMS



Jeden Montag, Mittwoch und Freitag 5 Uhr abends, jeden Dienstag u. Donnerstag 4 Uhr nachmittags. Fußballtraining.

Dienstag und Donnerstag für I. Mannschaft Pflichttraining. Jeden Mittwoch u. Samstag Juniortraining.

Dienstag und Donnerstag ab 5 Uhr Leichtathletiktraining. Freitag den 27. Februar 1920, abends 7 1/2 Uhr Spielerversammlung im „Löwenrachen“, Einführung des Trainers, Erscheinen aller Spieler notwendig.

Samstag den 28. Februar 1920, nachm. 4 Uhr, auf dem K.F.V.-Platze: Phönix-Junioren II gegen K.F.V. Junioren II.

Sonntag den 29. Februar 1920 nachmittags 3 Uhr: FC. Pforzheim I. gegen FC. Phönix I.

II. Mannschaft gegen K.F.V. II. im Fasanengarten 1 1/2 Uhr.

III. Mannschaft gegen Turngem. Durlach II. 10 1/2 Uhr.

IV. Mannschaft gegen Turngem. Durlach III 9 Uhr.

B. i. B. „Städt.“ 1896. Sportplatz beim städtischen Wasserwerk.

Sonntag, 29. Febr. 1920, abends 6 Uhr, im Lokal Familienabend.

Jeden Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr Spielerversammlung.

Jeden Dienstag u. Samstag von 2—4 Uhr Training. Schüler-Mannschaften.

Voranzeige: Samstag, 6. März 1920, abends 7 Uhr Monatsversammlung. Der Vorstand.

Druckmaschinen liefert die Buchdruckerei Volksfreund

Verkauf von Tabak im Jahre 1920. Auf Grund der §§ 12 ff der Bekanntmachung des Reichsanwalters über die Erziehung von Vertriebsstellen und die Verordnungsregelung vom 25. September 1915 in der Fassung vom 4. November 1918, 2. Juni und 6. Juli 1919 (Reichs-Gesetzblatt 1915 Seite 607 und 728, 1916 Seite 439 und 678) wird mit sofortiger Wirkung verordnet, was folgt:

§ 1. Der Verkauf von Tabak im Jahre 1920 nur denjenigen Handwirten gestattet, die im Jahre 1918 Tabak gekauft haben und in der Lage sind, sich und ihre Wirtschaftsangehörigen aus den Erträgen ihres Betriebes mit Brotgetreide und Kartoffeln selbst zu versorgen und das erforderliche Saatgut zu ziehen.

§ 2. Wer Tabak anbauen will, hat dies dem Bürgermeisteramt unter Angabe der Größe der vorgesehenen Fläche anzuzeigen. Das Bürgermeisteramt gibt die Anzeigen an das Bezirksamt weiter. Dieses stellt bei der Steuerbehörde fest, welche Fläche der Anzeigende im Jahre 1918 mit Tabak bebaut hatte und trifft hiernach die etwa erforderlichen Maßnahmen.

§ 3. Wer Tabak anbau, hat seinen Kultur auf Verordnung mit Brotgetreide und Kartoffeln durch den Kommunalverband.

§ 4. Der Bezirksrat kann Ausnahmen von den Bestimmungen des § 1 dieser Verordnung zulassen. Gesuche um Ausnahmedoerbilligung sind bis 1. April 1920 dem Bezirksamt einzureichen.

§ 5. Zwischenshandlungen gegen die Vorschriften dieser Verordnung werden mit Gelangnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1000 Rtr. bestraft. Karlsruhe, den 16. Februar 1920. Mülleramt des Jahres. J. A.: Dr. Paul Braun.

Vorstehende Verordnung bringen wir zur allgemeinen Kenntnis, wobei wir auf § 3 derselben besonders hinweisen. Die Verordnung wird aufs Strengste durchzuführen werden, da die Ernährung unserer Bevölkerung ansonst gefährdet ist. Karlsruhe, den 23. Februar 1920. D.-3. 70 Bezirksamt II.

Schweinefleisch im städtischen Gut in Mühlburg betr. Nachdem die Schweinefleisch-Gute Mühlburg erledigt ist und die Definitivliste vorläufig angefertigt wurde, werden die mit Bekanntmachung vom 10. ds. Mts. angeordneten Sperrmaßnahmen aufgehoben. Karlsruhe, den 23. Februar 1920. D.-3. 73 Bezirksamt. — Polizeirettelan. 533

Schweinemarkt Durlach.

Die Abhaltung des hiesigen Schweinemarktes ist wieder gestattet; der nächste Markt findet am Samstag, 28. Febr. statt. Durlach, den 25. Februar 1920. 539* Das Bürgermeisteramt.

Vorteilhafte Herrenstoffe!

Großer Eingang in Neuheiten von Mk. 60.— per Meter an. Gute Qualitäten! Billigste Preise!

L. Brotz

Marienstr. 18, part. Ko'n Ladon. Telefon 8950

Achtung! Bruchsal. Achtung! Transportarbeiter!

Montag, den 1. März, findet abends 7 Uhr im Gasthaus „Zur Pfala“ eine wichtige Versammlung statt. Hierzu laden wir sämtliche im Gew. und Kleinhandel beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie die Fabrikanten, Händler, Lagerarbeiter, Hausdiener, Reinigungs-Verwalter, Kraftfahrer, Postkutschler usw. ebenso dringend wie möglich ein.

Ein Kollege aus Karlsruhe wird einen entsprechenden Vortrag halten. Wir erwarten harten Besuch und bitten um Weiterverbreitung dieser Einladung. Deutscher Transportarbeiter-Verband, Gau XVI. J. A.: S. Fildner.

